

2 JUGENDLICHE AUF DEM ABSTELLGLEIS

4 AUSBILDUNG UND AUSBEUTUNG

6 PINGUINAUFSTAND IN ZWEITER RUNDE



Bundesweiten Schulstreik vorbereiten!

DIE PROBLEME IN DER BILDUNG SIND ENDLICH THEMA GEWORDEN. DOCH ETWAS DARAN ÄNDERN MÜSSEN WIR SELBST.

VON MICHAEL

Merkel reist auf ihrer Bildungstour durch Deutschland, um sich unsere Probleme mal anzuhören. Doch das reicht nicht! Dringend notwendig ist mehr Geld und Personal im Bildungswesen, keine Auslese von „guten“ und „schlechten“ Schülern und weniger Druck.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB, 6,5 Millionen Mitglieder) fordert mehr Ausgaben von knapp 30 Mrd. Euro pro Jahr für das Bildungswesen, neue Schulgebäude sind dabei noch ausgeklam-

mert. Doch Merkel und die Regierung geben lieber Geld für Bundeswehreinätze in Afghanistan aus und verteilen warme Worte für Lehrer und Erzieher.

Das Geld und die Verbesserungen müssen wir uns selber holen. Als erster Schritt ist für den 12. November ein bundesweiter Schülerstreik geplant. An diesem Tag sollen in möglichst vielen Städten Demonstrationen während der Schulzeit stattfinden. Im Frühjahr gingen bereits 40 000 Schülerinnen und Schüler auf die Straße. Darauf können wir aufbauen.

Mit einer Bewegung von Hunderttausenden Schülern können wir jetzt Verbesserungen erreichen. Dazu kommt es auf jedeN an.

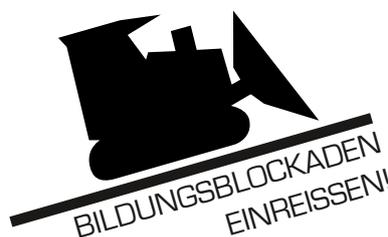
Vor dem Streik wird es vom 10. bis zum 12. Oktober eine bundesweite Konferenz an der Technischen Universität in Berlin geben. Hier diskutieren wir alle gemeinsam, wie wir unsere Forderungen durchsetzen und eine Schülerbewegung aufbauen können.

Komm zur Konferenz, beteilige dich an den Berliner Treffen und bereite den Schülerstreik mit vor!

HERAUSGEGEBEN VON BILDUNGSBLOCKADEN EINREIßEN!

Forderungen

- Kostenlose Bildung für alle
- Sofortige Einstellung von ausreichend LehrerInnen, um als ersten Schritt alle Klassen auf maximal 20 SchülerInnen zu begrenzen
- Nein zum Super-Stress: Rücknahme der Schulzeitverkürzung (G8)
- Weg mit dem dreigliedrigen Schulsystem



Termine

- Jeden Donnerstag um 17 Uhr: Vorbereitungstreffen von **Bildungsblockaden einreißen!** im Rathaus Friedrichshain
- 10-12. Oktober: Bundesweite SchülerInnen-Konferenz in der TU Berlin
12. November: Bundesweiter Schulstreik: Berliner Demo voraussichtlich ab 11 Uhr nahe dem Roten Rathaus

Jugendliche auf dem Abstellgleis

DIE GANZE REPUBLIK DISKUTIERT ÜBER BILDUNG. ANFANG SEPTEMBER LEGTE BERLINS BILDUNGSSENATOR SEINE SCHULREFORM VOR.

„HAUPTSCHULE ABSCHAFFEN“ KLINGT GUT. ABER ZÖLLNER WILL DIE GEMEINSCHAFTSSCHULE VERHINDERN UND SCHULEN SCHLIEßEN.

VON JENNY, OHNE STUDIENPLATZ

Land auf, Land ab wird über Bildung diskutiert. Auf dem Rücken unserer Probleme wollen sich die herrschenden Politiker profilieren. Merkel macht ihre Bildungstour. Die SPD will „Bildungspartei Deutschlands“ werden. Die Grünen fordern gar die „Bildungsrevolution“. Lehrer und Erzieher werden vollmundig „Helden unseres täglichen Lebens“ genannt. Aber wer hat dann mal überlegt zu fordern, dass Lehrer (am besten 100 000 als ersten Schritt) eingestellt werden? Und zwar sofort!

Zöllners Schulreform

Profilierungssüchtig ist auch der Berliner Bildungssenator Zöllner mit seinem Vorschlag, die Hauptschulen abzuschaffen. Wenigsten spricht er ein ernstes Problem an: Schon lange ist es überfällig, das dreigliedrige Schulsystem (Gymnasium, Haupt- und Realschule) abzuschaffen. Ein Akademikerkind hat eine dreimal höhere Chance aufs Gymnasium zu kommen als ein Arbeiterkind. Hauptschüler werden aufs Abstellgleis geschoben und ganze Abschlussklassen kriegen keine Aus-

schulen hat Zöllner schon eine Idee. Wenn man weniger Schultypen hat, braucht man auch weniger Schulen. Deshalb will der Senator 50 von 120 Schulgebäuden schließen. Das bräuchte pro Schule 250 000 Euro. Und uns? Uns bräuchte das weniger Platz, weniger Räume für Projekte und Schülercafés und vor allem längere Schulwege. Zu befürchten ist aus früheren Plänen auch, dass für die neuen Schulen die schlechteren Lehrerschlüssel der Realschule angewendet werden, statt dem „besseren“ Schlüssel für die Hauptschule. So kann man auch noch ein paar Lehrer einsparen.

Ein Schritt nach vorne, zwei Schritte zurück?

Politiker hoffen darauf, dass wir nicht mehr wissen, was sie gestern gesagt haben. Den rot-roten Senat gibt es seit 2001. Vor dem „Rütli-Skandal“ haben sie nichts getan, um die Hauptschule abzuschaffen. Im Jahre 2006 zogen sowohl DIE LINKE als auch die SPD mit Versprechen der Gemeinschaftsschule in den Wahlkampf. Eine Schule für alle Schüler, die nicht mehr trennt. In der *nächsten Legislaturperiode* werde man das machen.

Nach sieben Jahren Regierung von Rot-Rot ist die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems nicht über ein paar Pilotprojekte hinausgekommen. Jedes Jahr geht der Wahnsinn an den Hauptschulen weiter. Ein neuer Rütli-Aufschrei lässt auf sich warten. Zöllner sagt, in der *nächsten Legislaturperiode* werde man die Hauptschule abschaffen. Das ist kein Schritt nach vorne! Die Abschaffung wird mal wieder vertagt. Zu dem soll das Gymnasium und damit die Trennung der Schüler nach Geldbörse der Eltern und Herkunft aufrecht erhalten werden.

Laut Zöllners Plänen soll am Gymnasium weiter Wissen frontal eingetrichtert werden, möglichst innerhalb von 12 statt 13 Jahren. Zwischen den Realschülern soll das Problem Hauptschule möglichst versteckt werden. Sonst bleibt alles beim Alten. Ein gemeinschaftliches Lernen nach skandinavischem Vorbild würde anders aussehen.

Wenn Sozialräuber regieren...

Zöllner und die SPD reden sich heraus, die Eltern wären ja mehrheitlich gegen

die Gemeinschaftsschule. Wen wundert das? Selbstverständlich kann eine Gemeinschaftsschule nur positiv umgesetzt werden, wenn die Lehrer nicht 26 Stunden die Woche in Klassen mit mehr als 30 Schülern unterrichten müssen. Wir brauchen natürlich mehr Lehrer - und kleinere Klassen, in denen individuelle Betreuung möglich wird. So sehen Zöllners Pläne aber leider nicht aus. Dass die Eltern da gegen die Pläne der angeblichen „Gemeinschaftsschule“ Sturm laufen, ist keine Überraschung. Nach Jahren von Reformen, die über die Köpfe von Schülern, Lehrern und Eltern hinweg gingen und meist mehr Druck und Stress brachten, sind alle froh, wenn's wenigstens so bleibt, wie es ist.

Die Abgeordneten der LINKEN sind in Worten für die Gemeinschaftsschule. Doch mit Zöllners Plänen stoßen Sie auf die Widersprüche ihrer Politik. Im Senat haben sie die Abschaffung der Lehrmittelfreiheit und die Kürzungen bei Lehrern mitgetragen. Eine grundlegende Bildungswende lässt sich in Regierungen mit Sozialräubern aber nicht bewerkstelligen.

Eine *Schule für Alle* kann nur funktionieren, wenn eine neue Konzeption von gemeinsamem Lernen angegangen wird. Ein gemeinsames Lernen bedeutet, dass es nicht nur Frontalunterricht gibt und dass der Lehrer in kleinen Klassen differenziert unterrichten kann. Das braucht Geld, Räume und Lehrer! Das braucht Lehrpläne mit Zeit und Freiraum statt Zentralprüfungen und Notendruck! Zusammen bildet das die Grundlage für eine *Schule für Alle*. Eine Schule, in der wir gemeinsam lernen statt gegeneinander. Zöllner will dieses Ziel aufgeben.

Heißer Herbst 2008

Wir müssen uns um uns selber kümmern. Die Reichen im Land sitzen auf ihren Millionen und Milliarden - und für die Schüler soll das Geld fehlen?! Bei der Schüleraktionskonferenz vom 10. bis 12. Oktober können wir diskutieren, was für eine Schule wir haben wollen. Mit dem Schulstreik am 12. November werden wir Merkel, Zöllner und Konsorten ein Zeichen setzen, dass sie mit ihrer Kürzungspolitik nicht durchkommen! Macht mit, damit es endlich eine grundlegende Bildungswende gibt!



bildungsplätze. Die Schule teilt nach Einkommen und Herkunft. Damit muss Schluss sein!

Doch was sind Zöllners Vorschläge? Ab dem Schuljahr 2010/11 sollen Haupt- und Realschulen zusammengelegt und daraus Ganztagschulen gemacht werden. Ab dem Jahr 2014 werden die Gesamtschulen ebenfalls abgeschafft. Dafür gibt es so genannte Regionalschulen, auf denen Schüler von der Einschulung bis zum Abschluss bleiben.

Auch für die Finanzierung der Ganztags-

Bildung in Zahlen

VON BENJAMIN, STUDENT TU

Schuljahre, nach denen man die Kinder auf die verschiedenen Schulformen aufteilt: **4 bis 6**

Schüler, die nach der Einteilung in der siebten Klasse auf Hauptschule, Realschule und Gymnasium noch einmal zwischen den Schulformen wechseln, in Prozent: **3**

Davon Abstiege: **2 von 3**

Anteil der Studienanfänger, die ohne Abitur nach mehrjähriger Berufserfahrung eine Hochschule besuchen, in Prozent: **0,6**

Zahl der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss im Jahr 2006, in Tausend: **76**

Anteil der deutschen Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die ohne Abschluss bleiben, in Prozent: **17**

Anteil der Berliner Jugendlichen mit Migrationshintergrund ohne Abschluss, in Prozent: **25**

Studienanfängerquote in Schweden, in Prozent: **76**
Durchschnittliche Studienanfängerquote in OECD-Ländern, in Prozent: **52**

Zielmarke für die Studienanfängerquote in Deutschland, in Prozent: **40**

Tatsächliche Studienanfängerquote in Deutschland 2007, in Prozent: **37**

Wartesemester für einen Studienplatz im Fach Psychologie an der FU Berlin im aktuellen Wintersemester: **16**

Wartesemester für einen Studienplatz im Fach Physik an der FU Berlin im aktuellen Wintersemester: **0**

Wahrscheinlichkeit, mit der ein Akademikerkind studiert, in Prozent: **83**

Wahrscheinlichkeit, mit der ein Nicht-Akademiker-Kind studiert, in Prozent: **23**

Die Zahlen stammen von der OECD und UNICEF, aus dem Dritten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung und aus dem Deutschen Bildungsbericht 2008 im Auftrag der Kultusministerkonferenz.



„I C H bin der Lehrer“

VON NIKLAS, LEIBNIZ-OS

Jeden Tag aufs Neue versucht man, uns Schülerinnen und Schülern in der Schule etwas beizubringen. Tag für Tag sollen wir maschinenartig die uns vorgesetzten Fakten zu Deutsch, Geschichte oder Mathe lernen. Ob die Themen die SchülerInnen überhaupt interessieren, spielt dabei keine Rolle. Der Lehrplan ist Gesetz! Doch ist die Stunde zu Ende, entfliehen sowohl SchülerInnen als auch LehrerInnen möglichst schnell dem Klassenraum. Unterhaltungen auf dem Gang gehören da eher zur Ausnahme - aber was bedeutet das für die Atmosphäre an der Schule?

Nunja, wer einmal einem Lehrer oder einer Lehrerin konsequent widersprochen hat, weiß, dass unsere Autoritätspersonen damit meistens nicht besonders gut zurecht kommen. Sicher, einige Lehrerinnen oder Lehrer sind auch für Kritik offen, aber meistens setzen sie dann doch durch, was sie wollen. Sich gegen ungerechte Behandlung zu wehren, oder eine/n LehrerIn dazu zu zwingen, auf weniger leistungsstarke SchülerInnen Rücksicht zu nehmen, ist nahezu aussichtslos. Besonders absurd werden Diskussionen über die Mitbestimmungsrechte von Schülerinnen und Schülern, wenn behauptet wird, dass nur LehrerInnen wüssten, wie SchülerInnen den Stoff verstehen. Dabei weiß doch jeder, dass SchülerInnen sich den Stoff untereinander oftmals viel besser erklären können, eben weil sie wissen, wo die Probleme liegen!

Spätestens jedoch Fragen wie „Wollen wir einen Wachschatz an unserer Schule haben?“ zeigen, dass die Schule momentan sicherlich nicht von den Schülerinnen und Schülern bestimmt wird. Zwar setzt sich die Schulkonferenz zu gleich großen

Teilen aus SV-Vertretern, LehrerInnen- und Elternvertretern zusammen. Doch bei all den wichtigen Dingen, über die entschieden wird, findet fast nie eine Diskussion statt, sodass die Vertreter der Schülerschaft in der Regel nur nach ihrer eigenen Meinung entscheiden. Oft wird den SchülerInnen dann erst im Nachhinein klar, was passiert ist. Und so verhält die Enttäuschung über aufwendige aber unpraktische Umbauten und noch immer fehlende Aufenthaltsräume ungehört.

Auf der anderen Seite gibt es einige Schulen (und sogar Kitas!) in Deutschland, an denen oftmals LehrerInnen beziehungsweise ErzieherInnen die Initiative ergriffen haben, um die Mitbestimmungsrechte der SchülerInnen auszubauen. Die Erfahrung zeigt, dass die SchülerInnen sich nicht nur stärker mit ihrer Schule identifizieren und daher auch mit mehr Interesse und weniger Stress in die Schule gehen. Sie entwickeln außerdem auch eine Kultur des Sich-Einmischens und der Zivilcourage.

Traurigerweise ist die Umsetzung von Schulparlamenten und ähnlichem stark vom Personal einer Schule abhängig - denn oftmals trauen Schulleitung und Lehrerschaft den SchülerInnen nicht zu, sich konstruktiv mit Problemen auseinander zu setzen. Deswegen ist es auch unbedingt nötig, dass die SchülerInnen alle Entscheidungen an einer Schule gleichberechtigt mit den anderen Beteiligten treffen können und die LehrerInnen nicht mehr Autoritätspersonen sind, die absichtlich Distanz zu den Schülerinnen und Schülern aufbauen. Viel mehr müssen sie endlich Menschen werden, die mithilfe einer pädagogischen Ausbildung die SchülerInnen beim Älter-Werden und Lernen begleiten und unterstützen!

Nach der Schule: Keine Ausbildung oder lieber Lehre mit Überstunden?

VON VIKTOR, AZUBI

In den letzten Monaten berichteten Massenzeitungen davon, wie viele Lehrstellen noch über sind und hetzten gegen "ausbildungsunwillige Jugendliche" - Ein Blick in den August-Bericht der Arbeitsagentur zeigt aber auf, dass bundesweit auf die rund 74.000 offenen Ausbildungsplätze 129.000 "unversorgte" Bewerber/innen kommen, das heißt 129.000 Jugendliche, die sich für eine Ausbildung beworben haben und schlichtweg nicht genommen wurden.

Diese Zahl ist aber immer noch zu niedrig. Schließlich gibt es etliche Jugendliche, die sich - teilweise mehrere Jahre - in Warteschleifenprogrammen der Arbeitsagentur befinden und schlichtweg nicht in der Statistik auftauchen. Dass sie nicht in der Statistik auftauchen, heißt aber nicht, dass sie keine Ausbildung wollen.

Sind wir zu dumm?

Immer wieder beklagen sich Unternehmen, dass sie gerne noch Auszubildende einstellen würden, aber keine passenden Bewerber/innen finden. Immer wieder heißt es, es würden Leute ankommen, die weder richtig lesen noch schreiben können oder eine schlichtweg ablehnende Haltung bei den Vorstellungsgesprächen einnehmen. Wenn man sich jedoch im Bekannten- und Kollegenkreis umhört, ergibt sich ein ganz anderes Bild: Immer wieder wird bei Vorstellungsgesprächen Wissen vorausgesetzt, welches laut Plan erst im Laufe der mehrjährigen Ausbildung angeeignet werden soll. Immer wieder kommt es auch vor, dass einfach nach der Nase sortiert wird - bei einem namhaf-

ten Großunternehmen wurde z.B. einer Bekannten beim Vorstellungsgespräch zu verstehen gegeben, dass in diesem Unternehmen Frauen in technischen Berufen unerwünscht sind und Notfalls rausgemobbt werden.

Vor diesem Hintergrund sollte die Frage, wer ausbildungsunwillig ist, noch einmal gestellt werden - die Ausbildungssuchenden oder die Ausbildungsbetriebe?

Ausbildungsreport 2008

Die DGB-Jugend macht alljährlich eine repräsentative Umfrage unter Auszubildenden über die Ausbildungsqualität. In diesem Jahr wurden wieder einmal gravierende Mängel in der Ausbildungsqualität festgestellt:

- Feste Arbeitszeiten sind für viele Auszubildende keine Selbstverständlichkeit. Rund 40 Prozent der Befragten müssen regelmäßig Überstunden leisten. Bei der Online-Plattform doktor-azubi.de trifft man mit erschreckender Regelmäßigkeit auf Azubis, die von 60-Stunden-Wochen berichten.

- Rund 16 Prozent der Befragten machen häufig oder ausschließlich ausbildungsfremde Tätigkeiten. Das heißt real, dass sie als Billiglohnkräfte eingesetzt werden, anstatt den Beruf zu erlernen. Häufig wird berichtet, dass die "Ausbilder" darauf verweisen, dass die Berufsschule für die Theorie zuständig sei. Das ist aber vollkommener Schwachsinn, da eine Berufsausbildung nun einmal eine Berufsausbildung ist und kein 1€-Job.

- Nur rund 20 Prozent der Befragten ist die Übernahme bei bestandener Ausbildung sicher. Mein Eindruck ist, dass demgegenüber 80 Prozent der Unternehmen

stehen, die über einen angeblichen Fachkräftemangel heulen.

Was können wir tun?

Es müssen insgesamt deutlich mehr Ausbildungsplätze geschaffen werden, unserer Meinung nach 10 Prozent über dem Bedarf, damit man sich bei der Ausbildungsplatzwahl halbwegs nach seinen Wünschen orientieren kann. Es muss eine Ausbildungsquote festgelegt werden. Unternehmen, die unter dieser Quote ausbilden, müssen zu Zahlungen gezwungen werden. Durch diese Gelder könnten dann staatliche Ersatzausbildungsplätze finanziert werden. Die Ausbildungsplatzumlage muss her!

Eine weitere Frage ist, wie man verhindern kann, dass Azubis als Billiglohnkräfte eingestellt werden. Beim durchlesen des Ausbildungsreports fällt auf, dass die groben Verstöße in Betrieben mit einer Interessenvertretung (Jugend- und Auszubildendenvertretung, Betriebs-/Personalrat) deutlich seltener anzutreffen sind - deswegen sollte man als Azubi auf jeden Fall darüber nachdenken, gewerkschaftlich aktiv zu werden, um gegen alle Ungerechtigkeiten im Betrieb vorzugehen.

Bei allen rechtlichen Fragen und bei einem eventuellen Aufbau einer Interessenvertretung in Betrieben, in denen es keine gibt, unterstützt dich deine Gewerkschaftsgliederung. Auch für Nichtmitglieder bietet der DGB unter doktor-azubi.de eine Rechtsberatung an.

Viktor ist Azubi und Jugend- und Auszubildendenvertreter bei der BVG (Funktion dient nur zur Kenntlichmachung der Person).

BILDUNGSSTREIK: BUNDESWEIT!

WESTERSTEDE



Hallo Berlin!
Auch wir vom Lande haben mit der miserablen Schulpolitik zu kämpfen und ich sage euch: Wir alle können etwas bewegen, wenn wir nur zusammenhalten, egal ob Westerstede oder Berlin! Denn was nützt den Politikern ihre ach so gute und sparsame Schulpolitik, wenn die Schüler nicht mitziehen?!

JUSTIN AUS WESTERSTEDE,
NIEDERSACHSEN

TÜBINGEN



Welcher Streiktyp bist du?

VON MICHA, STUDENT HU

Frage Nr. 1: Du hörst zum ersten Mal von einem Schülerstreik. Was ist dein erster Gedanke?

- A. Yeah! Da mach ich mit!
- B. Da will ich erstmal mehr wissen.
- C. Was ist denn das für ein Scheiß?!

Frage Nr. 2: Was tust du, um den Schülerstreik vorzubereiten?

- A. Ich gehe zum Treffen von „Bildungsblockaden einreißen!“, verteile an meiner Schule Flugblätter und gründe mit anderen zusammen eine Schüleraktionsgruppe.
- B. Mal gucken...
- C. Ich erzähle allen, dass sie da nicht hingehen dürfen und verbreite Angst vor Sechsen, Tadeln und Verweisen.

Frage Nr. 3: In deiner Klasse droht der / die Lehrer/ -in allen, die zum Schülerstreik gehen, mit einer Sechs. Was tust du?

- A. Ich fordere die Lehrerin auf, mit zum Streik zu kommen. Danach stelle ich die Forderungen des Streiks der Klasse vor und erkläre allen, dass das einzige vernünftige Mittel gegen Sechsen ist, wenn wir geschlossen gehen.
- B. Ich bin verunsichert, will aber trotzdem gehen.
- C. Ich erkläre dem/der Lehrer/-in, dass ich am Streiktag gerne noch ein freiwilliges Referat halten will.

Frage Nr. 4: Es ist Mittwoch, der 12. November 2008. Wann stehst du auf?

- A. Morgens 7 Uhr, um Streikposten vor der Schule zu stehen und die letzten Zweifler vom Streik zu überzeugen.
- B. 10:00 Uhr, weil der Demozug an meinem Fenster vorbeikommt. „Solidarisieren. Mitdemonstrieren!“ Schnell runter.
- C. Pünktlich, um rechtzeitig beim Unterricht zu sein und meine Federtasche fünf Minuten vor der Klingel ausgepackt zu haben.

Frage Nr. 5: Was nimmst du zum Streik mit?

- A. Ein Megaphon, um Reden zu halten, meine Schule zu repräsentieren und durch ein offenes Mikro jedem die Möglichkeit zu geben, was zu sagen.
- B. Das Transparent, das ich zusammen mit anderen gemalt habe.
- C. Die Polizei.

Frage Nr. 6: Was machst du nach dem Streik?

- A. Ich erzähle allen, die nicht da sein konnten, wie es war und organisiere eine Veranstaltung mit Video vom Streik. Zusammen überlegen wir, wie wir weitermachen.
- B. Ich gucke, wo ich jetzt weiter etwas machen kann.
- C. Ich schreibe einen Brief an den Bildungssenator, in dem ich ihn auffordere, den Forderungen des Streiks (Lehrmittelfreiheit, mehr Lehrer, weg mit dem dreigliedrigen Schulsystem...) auf keinen Fall nachzugeben.

AUSWERTUNG

Rechne deine Punkte zusammen! Für jede Antwort A bekommst du 10 Punkte, für jede Antwort B 5 Punkte und für Antwort C jeweils 0 Punkte. Dein ganz persönliches Streikprofil findest du nachstehend.

45-60 Punkte: Unerschrockener Kämpfer

Du bist der Schlüssel, die Probleme im Bildungswesen und der Gesellschaft anzugehen. Durch dich werden die Proteste zum Erfolg. Der Streik macht dir Arbeit, aber die Erfolge zahlen sich für alle aus. Durch den Streik hast du mehr gelernt als in fünf Wochen Unterricht.

10 - 40 Punkte: Mitkämpfer

Du schaust dir erst einmal an, was passiert; bist gelassen. Die Forderungen des Streiks findest du gut, willst aber beim nächsten Treffen nochmal darüber diskutieren. Am Streik nimmst du teil. Du sammelst in Ruhe Erfahrungen, um die Schülerbewegung in Zukunft um so besser aufzubauen.

0 - 5 Punkte: Streikbrecher

Uiuiui. Du hast dir auf die Fahnen geschrieben, den Streik auf jeden Fall zu verhindern. Die anderen Schüler sind deiner Meinung nach einfach nur zu faul und die Lehrer zu gut bezahlt. Später soll dir selbst mal ein Betrieb gehören - da soll auch keiner meckern oder streiken. Verschlechterungen im Bildungssystem und Perspektivlosigkeit nimmst du hin. Es geht dich ja eh nichts an.

Horoskop: DEINE STERNE IM SEPTEMBER

Wassermann: Der Senat steht unter negativem Einfluss von Saturn. Kürzungen sind absehbar, auch du wirst sie zu spüren bekommen.

Fische: Jetzt ist die Zeit für größere Anschaffungen. Wenn du zur Schule gehst, studierst, eine Ausbildung machst oder arbeitslos bist, wird dir jedoch das Geld dafür fehlen.

Widder: Schluss mit der Herbstdepression. Du bist jetzt ganz besonders offen für spontane Aktionen wie Demos gegen Bildungsabbau und G8. Also: Raus auf die Straße, laut sein und Spaß haben.

Stier: Die nächsten Wochen werden beruflich bzw. schulisch sehr anstrengend. Aber keine Sorge: Bald wirst du arbeitslos und kannst wieder entspannen.

Zwillinge: Für die SchülerInnen unter

den Zwillingen wird es jetzt noch mal stressig. Doch die Hoffnung ist nicht fern: weit und breit kein Ausbildungsplatz, was ganz viel Zeit bedeutet.

Krebs: Du wirst vom Mond beherrscht, was dich etwas empfindlich macht gegen Hartz IV, Agenda 2010 und Lohnraub. Sorry, die Sterne geben keinen Grund zur Hoffnung. Selbst aktiv werden steht an.

Löwe: Du lässt dich nicht einengen oder unter Druck setzen. Das ist die richtige Einstellung für einen heißen Herbst. Die Sterne stehen auf Gegenwehr!

Jungfrau: In der Liebe läuft alles bestens. Schenke deinem Partner doch mal ein Lachen. Für mehr wirst du bald kein Geld haben und die Zukunft bietet auch keinen Anlass zur Freude.

Waage: Du stehst auf Fairness und Aus-

geglichenheit, die Kapitalisten nicht. Werde schnell aktiv! Wenn du jetzt zögerst, ist es vielleicht zu spät.

Skorpion: Finanziell sieht es rosig aus: Jeden Monat hast du 8880 Euro mehr in der Tasche. Du bist kein Einkommensmillionär? Dann gilt das selbstverständlich nicht für dich.

Schütze: Bei dir läuft momentan alles bestens: in der Liebe, im Job und auch finanziell. Doch hoffe nicht, dass es so bleibt. Nutze dein Glück. Die Sterne stehen jedenfalls schlecht für die Zukunft (und unsere Regierung trägt ihren Teil dazu bei).

Steinbock: Mars zwingt die Unternehmer zum Krieg gegen die Armen. Gründe ein Schülerstreikkomitee an deiner Schule.



Zweite Runde des Pinguin-Aufstands

SCHÜLERINNEN UND STUDIERENDE IN CHILE WAREN WIEDER AUF DER STRAÙE FÜR VERBESSERUNGEN IM BILDUNGSSYSTEM

VON STEFAN, STUDENT FU

Schon seit Monaten kämpfen chilenische SchülerInnen, Studierende und teilweise auch LehrerInnen weitgehend unbeachtet von einheimischen und internationalen Medien gegen das Ley General de Educación (LGE), das „Allgemeine Bildungsgesetz“, ein von der Präsidentin Michelle Bachelet vorgelegter Entwurf für ein neues Bildungsgesetz.

Chronologie der Proteste

Angefangen haben die jetzigen Proteste im Juni, doch die Vorgeschichte reicht bis ins Jahr 2006 zurück. Damals hatten die wegen ihrer schwarz-weißen Schuluniformen so genannten „Pinguine“ eine Massenprotestbewegung für ein besseres Bildungssystem in Gang gebracht. Auslöser war die von der gerade gewählten „sozialistischen“ Präsidentin Bachelet angekündigte Gebührenerhöhung für die Aufnahmetests an den Universitäten. Neben diesem konkreten Anlass kämpften die SchülerInnen und StudentInnen generell gegen das Organische Konstitutionelle Bildungsgesetz (LOCE), welches der ehemalige chilenische Diktator Pinochet 1990 in den letzten Tagen seiner Herrschaft erlassen hatte und das noch bis heute gültig ist.

In diesem Gesetz wurde festgelegt, dass jedeR, der/die wollte, eine Schule eröffnen durfte, was der Privatisierung des Bildungssystems Tür und Tor geöffnet hat. Die Schulgebühren können die Privatschulen frei festlegen, wodurch die meisten SchülerInnen sich den Besuch dieser Schulen nicht leisten können. Zusätzlich wurde die Finanzierung der staatlichen Schulen den Gemeinden übertragen, was bedeutet, dass arme Gemeinden ihre Schulen nur sehr schlecht ausstatten können. Ein großer Teil der Bevölkerung ist somit faktisch ohne Zugang zu hochwertiger Bildung.

Die SchülerInnen und StudentInnen machten sich mittels Demos, Besetzungen, Streiks und brennender Barrikaden für ihre Forderungen stark. Nahezu 90% aller Schulen (auch der Privatschulen) waren besetzt. Auch die massive Repression seitens der Polizei konnte an der Schlagkraft der Bewegung nichts ändern, die durch SchülerInnen- und StudentInnenkomitees äußerst gut organisiert war. Solche Komitees wurden in jeder Bildungseinrichtung gebildet, und sie wählten eine eigene nationale Koordinierung, um die Proteste auf Landesebene zu organisieren.

Der Erfolg des ersten „Aufstands der Pinguine“ bestand damals darin (neben kleinen finanziellen Zugeständnissen der Bachelet-Regierung bezüglich kostenloser Mittagessen und Schulbusfahrten), dass die Präsidentin nach dem massiven Druck von mehr als einer Million SchülerInnen, StudentInnen und LehrerInnen - der größten sozialen Bewegung seit Ende der Militärdiktatur 1990 - versprach, ein neues Bildungsgesetz zu verabschieden, welches das LOCE ersetzen sollte. Die Forderungen der Bewegung nach Abschaffung der Gebühren und Freifahrten für alle SchülerInnen wurden nicht erfüllt, doch die „Pinguine“ verließen die Straßen wieder, da viele dachten, die Zeit für Verhandlungen sei gekommen. Nur noch vereinzelt wurde weiter protestiert.

Seit Frühling diesen Jahres liegt nun ein neuer Gesetzesentwurf, das LGE, vor. Obwohl dieses Gesetz unzweifelhaft eine Verbesserung gegenüber dem bisherigen darstellt, kritisieren die chilenischen SchülerInnen, StudentInnen und LehrerInnen es als nicht weitgehend genug. Der größte Kritikpunkt ist, dass mit dem LGE ein neuer Nationaler Bildungsrat eingeführt werden soll, der jedoch aus den Mitgliedern des jetzigen Höheren Bildungsrates bestehen soll. Die Mitverantwortlichen für die Misere heute sollen also auch wei-

terhin an den Entscheidungshebeln sitzen.

Neue Proteste

Seit Mitte Juni sind die „Pinguine“ nun wieder auf der Straße, um Veränderungen am LGE durchzusetzen. Am 18. Juni zogen 10.000 SchülerInnen, Studierende und Lehrende durch die Küstenstadt Valparaíso, in der der chilenische Kongress sitzt, und weitere 2.000 durch die Hauptstadt Santiago. Dies hinderte die Abgeordnetenkammer des Kongresses jedoch nicht, dem Gesetzesentwurf einen Tag später trotzdem zuzustimmen.

Dass in Chile die Tage der Militärdiktatur noch lange nicht aufgearbeitet sind, zeigt sich daran, wie massiv die chilenische Polizei gegen die SchülerInnen und Studierenden bisher vorgegangen ist. Schlagstöcke, Wasserwerfer, Tränengas und ungeheure Brutalität selbst gegenüber 12-, 13-, 14-Jährigen sind an der Tagesordnung. Bei den beinahe täglichen Demonstrationen 2006 gab es Tausende Verhaftungen und auch in den Protestmonaten dieses Jahres wurden hunderte AktivistInnen Opfer von Polizeigewalt.

Die „Pinguine“ haben es immer wieder verstanden, ihre Forderungen mit denen ihrer Eltern, ihrer LehrerInnen und der Arbeiterbewegung zusammenzubringen. Beim Höhepunkt des SchülerInnen- und Studierendenaufstandes im Jahr 2006 kam ein Generalstreik mit einer Million beteiligten zu Stande. Aus dieser Erfahrung können wir für unsere Proteste in der BRD lernen.

Impressum

V.i.S.d.P. Michael Koschitzki
Auerstr. 34, 10249 Berlin
Bildungsblockaden Einreißen
AG Schulzeitung
Layout: Benjamin, www.mrkeks.net